

N I E D E R S C H R I F T
über die
öffentliche Sitzung des Gemeinderates
DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD

Tag: Mittwoch, den 30.09.2020

Ort: in der Stadthalle

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 22:25 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzender

Herr Michael Rieger

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Peter Fichter

Herr Axel Heinzmann

Frau Kirsten Heinzmann

Herr Kai Noel

Frau Beate Rodgers

Herr Dirk Schmider

Herr Marc Winzer

Herr Ernst Laufer

Herr Constantin Papst

Frau Barbara Bahsitta

Herr Oliver Freischlader

Herr Guido Santalucia

Herr Hansjörg Staiger

Frau Karola Erchinger

Herr Patrick Hilpert

Herr Hans-Peter Rieckmann

Herr Fritz Weißer

Herr Dr. Jörg Zimmermann

Herr Andre Müller

Herr Georg Wentz

Sachkundige Einwohner

Herr Hartmut Breithaupt

Herr Gabriel Dörr

Ortsvorsteher Langenschiltach

Jugendgemeinderat

Herr Luca Schreiner	Jugendgemeinderat
Herr Franz Günter	Ortsvorsteher Oberkirnach
Herr Joachim Kieninger	Vertreter des Stockwalds
Herr Klaus Lauble	Ortsvorsteher Peterzell

Beamte, Sachverständige usw.

Herr Dr. Stefan Blum, Architekt und Bauhistoriker	zu TOP 5
Architekt Rosenfelder	zu TOP 5
Herr Giovanni Costantino	
Herr Alexander Tröndle	

Schriftführer

Frau Nicole Dorer

ABWESEND:

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Vincenzo Sergio	entschuldigt
Herr Jochen Bäsch	entschuldigt

Beamte, Sachverständige usw.

Herr Markus Esterle	entschuldigt
---------------------	--------------

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 18.09.2020 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

Bürgermeister Rieger gedenkt dem am 11.09.2020 verstorbenen ehemaligen Ortsvorsteher von Stockburger, Herrn Roland Zimmermann.

1 Fragestunde für Einwohner

Protokoll:

Es gibt keine Anfragen von Zuhörern.

2 Bekanntgaben, Verschiedenes

Protokoll:

a) 1. Nachtragsplan 2020

Bürgermeister Rieger informiert, vom Landratsamt, Kommunalaufsicht, wurde die Gesetzmäßigkeit des 1. Nachtragsplan 2020 der Stadt St. Georgen festgestellt und genehmigt.

b) Klosterweiheruntersuchungen

Bürgermeister Rieger gibt bekannt, seit April 2020 würden umfangreiche Untersuchungen am Klosterweiher durchgeführt. Die Arbeiten stünden kurz vor dem Abschluss. Voraussichtlich werden in der öffentlichen Sitzung am 25.11. 2020 die Ergebnisse vorgestellt.

c) Jahresbericht Baden-Württemberg-Stiftung

Bürgermeister Rieger teilt mit, St. Georgen sei mit einem großen Bericht im Jahresbericht der Baden-Württemberg-Stiftung vertreten. Jedem Mitglied wird ein Jahresbericht ausgeteilt.

d) Soziostruktur St. Georgen

Bürgermeister Rieger geht auf den Zeitungsbericht ein, nachdem es sehr viele Alleinerziehende in St. Georgen gebe. Dies sehe er nicht als negativ an. Es müsse nicht als schlechtes Zeichen gesehen werden, sondern eher positiv für St. Georgen, da diese Gruppen stark unterstützt werden. Im letzten Jahr habe in St. Georgen eine Bildungskonferenz stattgefunden. Auf die Situation mit den Flüchtlingen sei man nicht vorbereitet gewesen, so dass es zu Engpässen in der Betreuung gekommen sei. Aber auch hier sei St. Georgen auf einem sehr guten Weg, u.a. mit der Eröffnung der „Stadtzwerge“. Viele soziale Einrichtungen könnten in St. Georgen angeboten werden.

3 **Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 05.08.2020**

Protokoll:

In der letzten Sitzung wurden keine nicht öffentlichen Beschlüsse gefasst.

4 **Auszeichnung der schulübergreifenden Eine-Welt-AG aus St. Georgen als "Faire Schulklasse - Klasse des Fairen Handels" im Schuljahr 2019/2020 sowie dritte Titelerneuerung "Fairtrade-Stadt St. Georgen" Vorlage: 093/20**

Protokoll:

Bürgermeister berichtet, seit sechs Jahren sei St. Georgen „Fairtrade-Stadt“. Der Gemeinderat habe damals den Beschluss dafür gefasst. Es sei nicht als Marketingmaßnahme gedacht gewesen. Es sei allerdings auch klar, dass nicht immer alles sofort umgesetzt und geleistet werden könne. Gewisse Grenzen seien einfach gesetzt. Wichtig sei aber das Signal, auch an die Bürger als Impuls. Verschiedene Kriterien müssten für die Auszeichnung zur „Fairtrade-Stadt“ erfüllt werden. So müsse der Gemeinderatsbeschluss gefasst und eine Steuerungsgruppe aus ehrenamtlichen Mitgliedern gegründet werden. Fair gehandelte Produkte müssten verwendet und in Umlauf gebracht werden. Die Gesellschaft müsse mit einbezogen werden, wie es in St. Georgen mit den Schulen, Kindertagesstätten, Einzelhandel geschehe. Die Steuerungsgruppe leiste gute Öffentlichkeitsarbeit.

Frau Conzelmann ist mit Schülern in der Sitzung anwesend. Zum fünften Mal in Folge erhalte sie nun die Auszeichnung. Dieses Lob sei erfreulich. Sie stelle sich die Frage, was sich seither verändert habe und ob das Vorgelebte im Alltag ankäme. Die Antwort falle eher ernüchternd aus. Einiges habe sich geändert, aber nicht in dem Ausmaß, wie sie es sich vorgestellt habe. Durch die Mitarbeit aller Schulen bekomme sie Kraft, weiter zu machen. Aufgeben komme für sie nicht in Frage.

Bürgermeister Rieger bedankt sich für das Engagement aller Lehrerinnen und Beteiligten und überreicht die Urkunden an Frau Conzelmann.

Frau Oberfell von städtischen KiFaZ „Weidenbächle“ teilt mit, auch sie habe die Auszeichnung „faire KiTa“ erhalten. Sie gehöre auch zum Fair-Trade-Netzwerk. In der Einrichtung habe man sich zur Aufgabe gemacht, schon die Kleinsten für dieses Thema zu sensibilisieren, z.B. mit dem Thema Mülltrennung. Die Auszeichnung gelte für drei Jahre, dann stehe eine Rezertifizierung an.

Bürgermeister Rieger bedankt sich bei Frau Oberfell und überreicht auch ihr die Urkunde. Weiter liest er den Inhalt der Urkunde vor, die die Stadt St. Georgen als „Fairtrade-Stadt“ erhalten hat.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis über die Auszeichnung „Faire Schulklasse – Klasse des Fairen Handels“ im Schuljahr 2019-2020.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis über die dritte Titelerneuerung „Fairtrade-Stadt St. Georgen“.

**5 Sanierung "Roter Löwen", Vorstellung der Vor- und Entwurfsplanung
Vorlage: 112/20**

Protokoll:

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die beiden Architekten Dr. Blum und Herrn Rosenfelder.

Bürgermeister Rieger führt in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert, es sei darauf hingewiesen worden, dass dringender Handlungsbedarf im Roten Löwen bestehe. Viele Bürger wünschen sich dieses Gebäude. Die geplanten Maßnahmen zur Sanierung der Innenstadt seien sehr umfangreich und werden die Verwaltung einige Zeit beschäftigen. Sie bedürfen einer großen finanziellen Leistung. Davor solle keiner Angst haben, gemeinsam würde das Konzept abgewickelt. Die Stadtmitte sei ein zentrales Thema. Das wurde auch vom Land Baden-Württemberg erkannt und einige Sanierungsgebiete entwickelt. Mit dem mittlerweile fünften Sanierungsgebiet erfahre St. Georgen eine zukunftsgerechte Entwicklung. Gebäude wie der Rote Löwe seien bedeutend für die Stadtgeschichte und ihnen solle große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Im Jahr 2019 habe sich der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung für den Erhalt und die Sanierung des Roten Löwen ausgesprochen. Optisch und baulich sei er in einem schlechten Zustand. Es würden auch Kosten entstehen, wenn keine Sanierung erfolge. Der Gemeinderat habe die Entscheidung davon abhängig gemacht, ob der Ausbau eine Förderung erhalte. Dies sei mit der SIQ-Förderung (soziale Integration im Quartier) mit 55 % erfolgt. Die Kosten lägen in etwa bei 4,5 Mio. Euro. Für etwa 2,5 Mio. Euro seien bereits Zuschusszusagen eingegangen. Das Gebäude sei bereits leer geräumt und es komme nun zum Vorschein, welches Potential in dem Gebäude stecke. Geplant seien eine Bürgerversammlung sowie Begehungen des Gebäudes. Beides konnte aufgrund Corona bisher noch nicht erfolgen, werde jedoch nachgeholt. Der extra für die Sanierung des Roten Löwen eingerichtete Lenkungsausschuss habe sich in den letzten Wochen und Monaten intensiv mit der Sanierung beschäftigt. Der Bürgersaal sei wichtig für städtische Veranstaltungen. Anhand eines Schaubildes zeigt er die Möglichkeiten auf, die der Rote Löwe künftig bieten könne. Als städtisches Bürgerzentrum und „soziales Rathaus“ könnten durch verschiedene Gruppierungen sämtliche Angebote ermöglicht werden. Diese gehe über soziale Einrichtungen wie WIRKstatt, Integrationsmanager bis hin zu städtischen bzw. externen Schulungen und die Möglichkeit, dem Jugendgemeinderat ein Büro oder auch ein Café für Begehungen einzurichten. Auf keinen Fall dürfe der

Rote Löwe als Konkurrenz gesehen werden. Es sollen Zusatznutzungen entstehen. Gute Beispiele gebe es in verschiedenen Städten. Für eine Begegnungsstätte sei der Rote Löwe prädestiniert. In St. Georgen entstehe derzeit viel in den Bereichen Wirtschaft und Einzelhandel. Die Stadt sei in der Bringschuld, auch etwas an ihren Gebäuden zu machen. Bedauerlich sei die Einstellung verschiedener Menschen in der Stadt, die ohne jegliche Kenntnis den Abriss des Roten Löwen fordern, um Parkplätze zu erstellen. Es sollte der Verwaltung die Chance gegeben werden, etwas zu entwickeln. Es solle versucht werden, das Beste daraus zu entwickeln.

Herr Dr. Blum zeigt anhand einer Präsentation den Stand September 2020 auf. Der erste Schritt sei die Grundlagenermittlung gewesen. Hier gebe es städtebauliche Gesichtspunkte (es handle sich um ein Stabswirtshaus am Rand des Klosterareals als wichtiges städtebauliches Element). Der Rote Löwe sei ein identitätsbildendes Gebäude. Eine lange Nutzungsgeschichte verberge sich in dem Gebäude und es ergebe sich nun die Chance, ein Stück Stadtgeschichte zu erhalten. Nach dem „Schwarzen Tor“ und dem „TB-Gebäude“ sei der Rote Löwe das dritte Objekt, ein neues Stück Innenstadtgeschichte zu schreiben. Geplant sei, soziale Aufgaben der Stadt im Roten Löwen zu bündeln. Es wurde ein Raumkonzept entwickelt, das immer wieder angepasst werden könne. Dafür seien gute bauliche Voraussetzungen nötig, die der Rote Löwe biete. Ein paar wenige Untersuchungen ständen noch aus. Heute habe man es mit einem typischen Gebäude der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu tun. Das Gebäude stelle ein großes altes Bauernhaus dar. Anhand von Fotos zeigt er die ausgebeinten Räumlichkeiten. Es handle sich um kein Kulturdenkmal aber um einen erhaltenswerten Bau. Anhand von Plänen zeigt er die verschiedenen Geschosse mit der geplanten Nutzung auf. Für das Brandschutzkonzept gebe es verschiedene Brandabschnitte. Das Gebäude solle in seiner Art und Form prinzipiell erhalten bleiben, auch in seiner Schlichtheit. Die Dachflächen sollen nicht geöffnet werden. Hauptaugenmerk werde auf den Giebel Richtung Osten gelegt. Hierfür stellt Herr Dr. Blum fünf Varianten mit verschiedenen Fensteröffnungen vor.

Auf die Statik wolle er nicht zu stark eingehen. Er setzt den Gemeinderat in Kenntnis, was alles gefordert werde.

Die Beheizung solle über die Nahwärmeversorgung des Rathauses erfolgen. Eine Lüftung/Klimatisierung für verschiedene Räume sei vorgesehen. Ob dies erweitert werde, stehe derzeit noch nicht fest.

Bei der Sanitäreinrichtung gebe es einen üblichen Standard. Warmwasser gebe es nur dort, wo es benötigt werde. So werden sämtliche Handwaschbecken nur mit Kaltwasser ausgestattet. Die Elektroinstallation sei im stetigen Fluss, biete aber einen ordentlichen Standard. Der Schallschutz unterliege gesetzlichen Regelungen.

Bei den Kosten müsse immer mit einer +/- 20 %iger Abweichung gerechnet werden. Durch erstellte Leistungsverzeichnisse könnten die Kosten heute etwas genauer dargestellt werden. Teilweise seien die Kosten nur bedingt steuerbar. Die Kosten von 4,5 Mio. Euro seien durchaus realistisch. Gehe man von 100 % (4,5 Mio. Euro) aus, läge die Kostenschätzung heute bei 108 % (4,86 Mio. Euro) und durch Einsparmöglichkeiten könne man 105 % erreichen.

Architekt Rosenfelder geht genauer auf die Kosten ein. Anhand einer Gewerübersicht zeigt er die verschiedenen Kosten auf. Die Erstellung der einzelnen Leistungsverzeichnisse zur genaueren Berechnung der Kosten sei sehr aufwändig gewesen. Mögliche Einsparungen in Höhe von ca. 153.000 Euro ergeben sich durch verschiedene Punkte. Zum einen könne der geplante Holzdielenbelag im Bürgersaal durch einen Textilboden ersetzt werden. Eine weitere Reduktion könne sich bei der Reduzierung der Lüftungsanlage um 20 % ergeben. Eine Baugrunduntersuchung zeige, ob Mikropfähle für die Gründung im Bereich des Kellers benötigt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, ergäben sich hier auch noch Einsparungen. Durch diese Einsparungen könnten die Kosten auf 4,7 Mio. Euro reduziert werden.

Die Kosten in Höhe von aktuell 4,86 Mio. Euro ergeben sich aus folgenden Kriterien:

- Anforderungsprofil der einzelnen Nutzer
- Ergebnisse der Besprechungen im Lenkungskreis
- Bautechnische Erfordernisse
- Statische Erfordernisse
- Geologische Voruntersuchungen
- Haustechnische Anforderungen
- Berücksichtigung der verkehrstechnischen Situation während der Bauphase
- Formale Gesichtspunkte unter Berücksichtigung der Historie des Gebäudes

Herr Dr. Blum erklärt, der Rote Löwe stehe nah am Ärztehaus. Die Erschließung des Gebäudes erfolge ausschließlich über die Hermann-Papst-Straße und über den bisherigen Blumenladen. Der Rettungsweg in Richtung Ärztehaus sei lediglich bei Notfällen zu nutzen.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, seit eineinhalb Jahren laufen die Planungen zur Stadtsanierung. Sehr intensiv seien diese Termine und Besprechungen gewesen. Die verschiedenen Varianten für den Giebel zeigten, wie schwierig es sei, alles auf den Punkt zu bringen. Er wünsche sich eine hohe Akzeptanz für das Projekt. Inwiefern eine Einsparung der Kühlung im Bürgersaal sinnvoll sei, müsse noch überprüft werden. In der Sitzung des Gemeinderates am 25.11.2020 solle die genaue Kostenplanung vorgestellt werden. Es könne dann anschließend der Bauantrag eingereicht werden.

Stadtrat Papst erkundigt sich, ob bei den Varianten Unterschiede beim Lichteintrag in den Bürgersaal bestünden.

Herr Dr. Blum erläutert, bei jeder Variante müsse auf jeden Fall zusätzlich Kunstlicht dazu genommen werden. Der Lichteintrag von Variante 2 sei jedoch recht hoch.

Stadträtin Erchinger spricht die geplanten Sprossenfenster an. Diese seien erheblich teurer als eine normale Verglasung.

Herr Dr. Blum erklärt, das Ursprungsgebäude habe noch stärkere Sprossen gehabt. Die Ausgestaltung müsse noch überprüft werden. Das Gebäude brauche jedoch unbedingt eine Gestaltung des Fensters.

Stadtrat Freischlader erkundigt sich nach der Technikausstattung im Bereich Tontechnik usw. und was mit dem verbleibenden Budget beschafft werden könne.

Herr Dr. Blum erklärt, es gehe um eine Grundausstattung, nicht um eine professionelle Mikrofontechnik.

Stadtrat Rieckmann spricht die Handwaschbecken an, die lediglich mit Kaltwasser versehen werden sollten. Für ihn persönlich sei es sehr unangenehm, sich nur mit kaltem Wasser die Hände zu waschen. Er fragt an, wie die Warmwasseraufbereitung vorgesehen sei. Außerdem sei im Erdgeschoss nur eine Personaltoilette geplant. Seiner Meinung nach müsse diese geschlechtertrennt angeboten werden.

Herr Dr. Blum antwortet, in dem Gebäude bestehe kaum ein Warmwasserbedarf. Ausschließlich in der Küche. Es sei eine dezentrale Warmwasserbereitung (Durchlauferhitzer) vorgesehen. Im langfristigen Unterhalt sei diese weniger aufwändig. Sollten zwei Toiletten im EG notwendig werden, wäre dies möglich. Im Bürgersaal gebe es nur eine Ausgabeküche, hier werde auf keinen Fall warmes Wasser benötigt.

Stadtrat Hilpert erklärt die Wichtigkeit des Lenkungsausschusses. So werde es z.B. nicht nötig, über zusätzliche Varianten für den Giebel zu diskutieren. Es sei sinnvoll, nach Einsparungen zu suchen. Eine Einsparung bei der Kühlung im Bürgersaal sehe er allerdings nicht. Diese sei nötig. Dass die Kosten über 4,5 Mio. Euro kämen, sei keine Überraschung. Er sei kein Gegner der Sanierung und stehe hinter dem Konzept. Aber die Kosten müssten im Auge behalten werden.

Stadtrat Heinzmann nennt die Varianten für die Giebelgestaltung mutlos. Das Fachwerk sehe schön aus. Durch die vorgestellten Giebelvarianten komme zu wenig Licht in das Gebäude. Die neuen Ansichten seien nicht schöner als es bisher gewesen sei. Für die Bürger sei wichtig, dass es schön aussehe. Der Anbau sei gut, allerdings wünsche er sich hier horizontale Betonabtrennungen, um etwas Absetzung hineinzubringen. Der Bürgersaal solle unbedingt mit Holzdielen ausgestattet werden, evtl. aus heimischem Holz. Ihm gefalle am besten die Variante drei, die noch weiter in den Spitz gezogen werden solle, um viel Licht von außen hinein zu bekommen.

Herr Dr. Blum erklärt, das Fachwerk sei in der Sehgewohnheit verankert, entspreche aber nicht dem Ursprung. Damals sei so etwas nicht möglich gewesen.

Herr Heinzmann erklärt, es müsse kein Fachwerk sein, aber natürliches Licht bis in den Spitz ragen.

Herr Dr. Blum entgegnet, alles könne ausgeführt werden. Für diese Variante benötige er allerdings ca. 60.000 Euro mehr.

Bürgermeister Rieger erklärt, der Lenkungsausschuss sei nicht umsonst eingerichtet worden. Natürlich sei der Gemeinderat nicht an die Vorauswahl des Lenkungsausschusses gebunden. Sein erster Wunsch sei auch eine Kompletterverglasung gewesen. Er könne sich sehr gut mit der Variante 2 anfreunden. Diese sei ein gangbarer Kompromiss.

Stadtrat Fichter findet auch die Variante 3 am schönsten. Ein solcher Saal benötige viel Licht. Ihm sei auch der Abstand zum 1. OG unter den Fenstern zu gering. Bei einer Öffnung des Giebels habe man von innen einen schönen Blick nach draußen. Das ganze Gebäude habe einen geringen Dachüberstand. Warum sei dieser beim Anbau so groß geplant, fragt er an. Dies gefalle ihm nicht. Auch die Dachneigung des Anbaus würde er Richtung Flachdach sehen. Auf dem Anbaudach könne auf jeden Fall eine Photovoltaikanlage für die Erzeugung des Warmwassers installiert werden.

Dr. Blum erklärt, eine Photovoltaikanlage sei Thema für die Stadtwerke. Die Neigung des Anbaus erscheine stärker als sie tatsächlich geplant sei. Der Dachüberstand sei bewusst so geplant. Die Holzfassade benötige Schutz. Eine Öffnung des Giebels sei in den 80er/90er-Jahren Trend gewesen. Heute nicht mehr. Es entspreche auch der Schlichtheit des Gebäudes nicht. Hinzu kämen weitere Mehrkosten für eine Verschattung, die bei einer weiteren Öffnung anfalle.

Jugendgemeinderat Dörr schlägt vor, in den Spitz statt Fenster einen Schriftzug anzubringen. Ihm gefalle nicht, dass es für ein „Zentrum der Begegnung“ so viele verschiedene Eingänge gebe.

Herr Dr. Blum erklärt, der Jugendraum könne auch von innen erschlossen werden. Man sei aber bei der Planung auch von der abendlichen Nutzung ausgegangen. Dann sei ein separater Zugang leichter händelbar. Schlussendlich sei dies noch nicht beschlossen.

Stadträtin Erchinger weist darauf hin, der Lenkungsausschuss habe eine Vorauswahl bei der Giebelgestaltung getroffen. An diese solle sich das Gremium halten. Sie sehe auch die Schlichtheit des Gebäudes.

Stadtrat Staiger sieht auch eher die Trapezvariante 3. Ihm fehlen die Kosten je Variante. Dann könne auch besser entschieden werden. Auch das Thema der Klimatisierung bzw. Lüftung solle mit Kosten belegt werden.

Herr Dr. Blum antwortet, die Berechnungen können erfolgen. Variante 1 und 2 lägen in den Kosten. Bei Variante 3 müsse mit Mehrkosten von ca. 20.000 Euro gerechnet werden. Hinzu käme die Verschattung mit ca. 30.000 Euro.

Stadtrat Schmider erklärt, über die Kosten sei im Lenkungsausschuss nie gesprochen worden. Leider komme dieses Thema nun im großen Kreis auf, dies sei ungut. Eine große Beschattung des Giebels auf der Ostseite

sehe er nicht.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, eine Photovoltaikanlage komme auf jeden Fall. Geplant sei die Südseite gewesen, allerdings technisch nicht so einfach zu händeln. Es müsse die richtige technische Lösung gefunden werden. Die Photovoltaikanlage laufe über die Stadtwerke.

Stadtrat Wentz erklärt, die Variante 2 sei sehr gut. Auch mit der Variante 3 reiche das Licht nicht für den ganzen Saal. Dann würden noch Gaupen zusätzlich eingebaut werden müssen. Bei der Bodenauswahl im Bürgersaal setze er auch auf einen qualitativ guten Holzboden. Auch die Sprossenfenster nennt er wichtig für die Ansicht.

Bürgermeister Rieger erklärt, jeder habe seine Vorstellung. Wichtig sei, mit dem zur Verfügung stehenden Geld hinzukommen. Er könne mit den Kompromissen leben.

Stadtrat Heinzmann stellt den Antrag, die Entscheidung der Giebelvariante zu vertagen.

Dieser Antrag wird von drei Mitgliedern unterstützt, 17 Mitglieder lehnen ab und ein Mitglied enthält sich.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat spricht sich für die Weiterführung der Planung auf Basis des vorgestellten Sachstands aus.

Abstimmung: 21 Ja-Stimmen

- b) Der Gemeinderat beschließt die durch den Lenkungskreis vorausgewählte Giebel- und Anbauvariante 2, im Hinblick auf die Gestaltung der Belichtung im östlichen Giebel.

Abstimmung:

Var.1 1 Ja-Stimme

Var. 2 8 Ja-Stimmen

Var. 3 6 Ja-Stimmen

Var. 4 0 Ja-Stimmen

Var. 5 5 Ja-Stimmen

- c) Den vorgestellten Einsparmöglichkeiten wird grundsätzlich zugestimmt. Hiervon ausgenommen wird die Gestaltung des Bodenbelages im Bürgersaal. Es soll ein wertiger Holzboden verbaut werden. Des Weiteren soll eine Teilklimatisierung als Ergänzung zur Belüftung des Bürgersaals umgesetzt werden.

- d) Die Verwaltung wird beauftragt, einen Aufstockungsantrag im Programm „SIQ“ in Höhe von 380.000 Euro bei dem Regierungspräsidium Freiburg einzureichen.

Abstimmung: 21 Ja-Stimmen

6 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK 2030): Änderung der Geschäftsordnung für den Entwicklungsbeirat
Vorlage: 091/20

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erläutert die Vorlage. Es wurde vorgeschlagen, den Entwicklungsbeirat für Stadtentwicklung um eine Person aus dem Tourismusbereich zu erweitern. Die Geschäftsordnung wurde daher angepasst.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die geänderte Geschäftsordnung des Entwicklungsbeirates.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

7 Maßnahmen gegen Motorradlärm
Vorlage: 092/20

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erklärt, wie aus der Vorlage ersichtlich sei, habe die Fraktion „Grüne Liste“ den Antrag gestellt, über dieses Thema im Gemeinderat zu beraten. Er bittet Herrn Wentz, Stadtrat und Ortsvorsteher von Brigach, um einen Bericht aus der letzten Ortschaftsratssitzung, in der das Thema ebenfalls beraten wurde.

Stadtrat Wentz führt aus, es habe eine heftige Diskussion gegeben. Es wurde seitens des Ortschaftsrates angeregt, öffentlich über dieses Thema zu diskutieren und die betroffenen Gruppen zu Wort kommen zu lassen. Es gehe um allgemeinen Verkehrslärm und nicht nur um Lärm, verursacht durch Motorräder. Für Bürger, die an viel befahrenen Straßen lebten, sei der Verkehrslärm mittlerweile eine Zumutung. Die Richtlinien für den Bau von Fahrzeugen müssten von der Politik geändert werden, so dass die Fahrzeuge insgesamt leiser würden.

Stadtrat Heinzmann ist der Meinung, es gebe derzeit keinen anderen Ansatz für eine Änderung als einen Beitritt zur Lärminitiative. Die genannten Punkte seien alle nachvollziehbar.

Stadtrat Freischlader sieht das Problem des Verkehrslärms auch. Dieser nehme stetig zu. Gegen diesen Lärm solle auch etwas unternommen werden, z.B. Geschwindigkeitsbeschränkungen, Nachtfahrverbote usw. Er nennt die Lärminitiative gegen Motorradlärm unehrlich. LKW-Lärm sei deutlich stärker als Motorradlärm. Es müsste verstärkt Lärmkontrollen geben. Es müsse auf den gesamten Verkehr geschaut werden, mit verschiedenen Maßnahmen. Ein Gesamtkonzept müsse es geben. Der Verkehrslärm müsse bekämpft werden, aber nicht nur durch eine Gruppe der Motorräder.

Ortsvorsteher Lauble, Peterzell, erklärt, die Kontrollen seien schon enorm verstärkt worden. 98 % der Kontrollierten seien legal unterwegs. Die Hersteller seien nun dran, etwas zu ändern. Er sehe St. Georgen nicht als Brennpunkt. Es gehe generell um Verkehrslärm, nicht nur von Motorrädern.

Stadtrat Heinzmann ist der Meinung, es müsse Druck auf die Hersteller aufgebaut werden. Die Initiative komme aus dem Südschwarzwald, weil hier viele Gemeinden betroffen seien.

Stadtrat Freischlader erwähnt, für ihn gehe es auch um die Frage der Ehrlichkeit. Druck auf die Hersteller könne auch anders ausgeübt werden. Eine weitere Maßnahme könnten auch Streckensperrungen sein.

Stadtrat Schmider wirbt dafür, ein Zeichen zu setzen, damit etwas bewegt werde. Vielleicht ergebe sich dann die nächste Initiative, z.B. gegen zu laute Autos. Irgendwo müsse angefangen werden. 115 Städte seien der Initiative bereits beigetreten.

Bürgermeister Rieger erklärt, es gebe immer mehr Einschränkungen für die Bürger. Er ist auch der Meinung, es müsse mehr kontrolliert werden.

Bei der Abstimmung stimmen vier Gemeinderäte für den Beitritt zur Initiative gegen Motorradlärm und 17 Gemeinderäte lehnen den Beitritt ab.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt in der Sitzung, dass die Stadt St. Georgen der Initiative gegen Motorradlärm beitrifft.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 17
Enthaltung: ./.

8 Ersatzbeschaffung eines Kombi/Pritschenwagen für den städtischen Bauhof
Vorlage: 109/20

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Bauhofleiter, Herr Boye, anwesend.

Stadtbaumeister Tröndle erläutert, es gehe um eine Ersatzbeschaffung. Das Fahrzeug mit Baujahr 2002 und 180.000 km sei nicht mehr einsatzfähig. Daher seien im Haushaltsplan für das Jahr 2020 Mittel in Höhe von 35.000 Euro eingestellt worden. In der Fraktionsbesprechung sei der Vorschlag gekommen, zu überprüfen, ob ein Elektrofahrzeug beschafft werden könne. Die Recherchen hätten ergeben, dass es schwierig sei, ein vergleichbares Fahrzeug mit Elektroantrieb zu finden. Die Firma EFA-S biete ein vergleichbares Fahrzeug an. Die Kosten hierfür lägen bei 104.220 Euro. Das es Zuschüsse für die Differenz zu einen Verbrennermotor in Höhe von 50 % gebe (Delta zum Verbrenner ca. 67.000 Euro) verbleibe ein Restbetrag in Höhe von 70.755 Euro. Das Angebot der Firma Storz für ein Fahrzeug mit Verbrennermotor liege bei 37.748,72 Euro. Es sei durchaus möglich, ein vergleichbares Fahrzeug mit Elektroantrieb zu beschaffen, allerdings zu einem erhöhten Preis. Hierfür wäre dann eine Ausschreibung notwendig. Es sei eine politische Entscheidung, da ein E-Fahrzeug in diesem Bereich derzeit wirtschaftlich schwer darstellbar sei. Die Stadtverwaltung besitze mit dem Renault ZOE bereits ein E-Fahrzeug. Der Bauhof rüste sukzessive die Kleingeräte (Rasenmäher, Laubbläser etc. auf Elektro um). Eine Grundsatzentscheidung zum Thema der Elektromobilität wurde noch nicht gefasst. Ein Kompromiss könne sein, das neue Fahrzeug als Verbrenner zu leasen, um dann in vier Jahren den Markt neu zu betrachten.

Bauhofleiter Boye erklärt, er stehe E-Fahrzeugen nicht negativ gegenüber. Er benötige ein neues Zugfahrzeug und da sei er skeptisch, ob dies ein E-Fahrzeug leisten könne.

Herr Costantino sieht die Nutzung eines E-Fahrzeuges im Bereich Nutzfahrzeuge im Bauhof auch skeptisch. Bei Rückfragen in anderen Gemeinden sei der Tenor gewesen, dass es sich vor allem im Winter schwierig gestalte, da hier die Batterieleistung zurückgehe. Das Fahrzeug im Bauhof müsse für die Einsätze bereit und zuverlässig sein. Bei der Personenflotte im Rathaus sei das Thema E-Fahrzeug durchaus überlegenswert und werde bereits umgesetzt.

Stadtrat Fichter berichtet, er habe in seiner Firma eine E-Flotte, auch einen Transporter. Dieser habe sich bewährt, allerdings verliere im Winter die Batterie 30 % der Kapazität. Aus diesem Grund sehe er für den Bauhofbereich auch eher den Verbrennermotor. Für den Personenflottenbereich wäre der Einsatz von Elektrofahrzeugen unproblematisch. Die Industrie sei einfach noch nicht ganz so weit.

Stadtrat Noel gibt auch den Winter zu bedenken und spricht sich für den Kauf eines Verbrenner-Pritschenwagens aus. Das Fahrzeug müsse funktionieren und er stellt die ganze Elektromobilität in Frage.

Stadtrat Schmieder erklärt, bei den nächsten Fahrzeugen, die beschafft werden müssten, sollte die Prüfung für E-Fahrzeuge erfolgen. Alle Autoanbieter arbeiten am Thema Elektromobilität. Es gehe auch um das Thema CO₂-Einsparung. Hier verweise er auf ISEK 2030, Energie und Klima. Die Voranbringung CO₂-armer Mobilität wurde als Ziel genannt.

Stadtrat Winzer erklärt, die Stadt unternehme einiges in Sachen Nachhaltigkeit. Es müsse eine wirtschaftliche Entscheidung getroffen werden. Daher stimme er für den Kauf eines Verbrenner-Fahrzeuges. Wenn sich die Elektromobilität weiterentwickle, könne das Fahrzeug immer noch abgestoßen und auf einen E-Antrieb umgestiegen werden.

Bürgermeister Rieger erklärt, das Fahrzeug müsse funktionieren. Die „Vorreiter-Rolle“ sei schön, aber nicht für jeden Preis. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit müsse eingehalten werden. Er sei auch für den Kauf bzw. Leasing für vier Jahre und anschließender Marktbeachtung. Wenn die Entwicklung so weit sei, könne ein E-Fahrzeug dann ausgeschrieben werden.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung den vorgestellten Ford Transit 350 L2 für die angebotenen 37.748,72 € brutto vom Autohaus Storz GmbH aus St. Georgen zu erwerben. In vier Jahren findet eine Überprüfung statt, in wie weit im Bereich der E-Mobilität (Nutzfahrzeuge) ein Fortschritt erfolgt ist. Die Überprüfung wird dem Gemeinderat vorgestellt. Auf dieser Grundlage kann über die weitere Verfahrensweise gesprochen werden.
- b) Den überplanmäßigen Mitteln von ca. 2.800,00 EUR wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zu a)

Zustimmung: 19
Ablehnung: ./.
Enthaltung: 2

Zu b)

Zustimmung: 21
Ablehnung: ./.
Enthaltung: ./.

9 Vergabe von Straßennamen für die neuen Erschließungsstraßen im Baugebiet "Glashöfe"
Vorlage: 110/20

Protokoll:

Ortsvorsteher Wentz berichtet aus der letzten Ortschaftsratssitzung in Brigach. Der Ortschaftsrat habe sich gegen die Straßennamen mit Blumenbezeichnung ausgesprochen. Die Straße 1 solle die Bezeichnung „Sommeraublick“ erhalten. Die Straße 2 solle als „Am Silberbrünnele“ weitergeführt werden.

Herr Winterhalter vom Liegenschaftsamt erläutert die Vorlage. Eine Fortführung der Robert-Koch-Straße sowie auch der Straße „Am Silberbrünnele“ sei wegen der Hausnummernvergabe nicht möglich.

Stadtrat Rieckmann weist darauf hin, dass die neu benannten Straßen über andere Straßen angefahren werden und daher gut beschildert werden sollten. Bei der Robert-Koch-Straße sei die Beschilderung auf weitere Hausnummern erfolgt, dies könne auch in der Straße „Am Silberbrünnele“ durchgeführt werden.

Stadtrat Tröndle erklärt, es gebe in der Robert-Koch-Straße bereits hohe Zahlen. Die Verlängerung dieser Straße solle einen eigenen Namen bekommen. Eine Verlängerung von „Am Silberbrünnele“ sehe er nicht als Problem.

Stadtrat Santalucia weist darauf hin, dass evtl. ein Poller im Wendehammerbereich der Straße 1 ausgeführt werde. Dann müsse die obere Straße der Straße 1 über die Straße 2 angefahren werden, was sehr verwirrend sei.

Stadträtin Heinzmann gibt den Hinweis von Bürgern weiter, auch einmal weibliche Persönlichkeiten bei den Straßennamen zu berücksichtigen.

Bürgermeister Rieger schlägt vor, nur die untere Straße der Straße 1 heute mit einem Straßennamen zu benennen, da dies der erste Bauabschnitt sei. Über die beiden anderen Straßen könne nochmals diskutiert werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat vergibt der Straße 1 im unteren Bereich mit den zwei Stichstraßen bis zum Wendehammer den Straßennamen „Sommeraublick“.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

10 Statistischer Jahresbericht 2019

Protokoll:

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit verweist Bürgermeister Rieger auf den ausführlichen Bericht der Stadtverwaltung für das Jahr 2019 und bittet, bei Fragen die Verwaltung zu kontaktieren.

Stadträtin Erchinger weist darauf hin, jeder, der meine in St. Georgen werde nichts geboten, solle sich den Jahresbericht durchlesen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den statistischen Jahresbericht für das Jahr 2019 zur Kenntnis.

11 Anfragen aus dem Gremium

Protokoll:

Seitens des Gremiums gibt es keine Anfragen.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 22. Oktober 2020